

# Interessengemeinschaft Deponien Schwieberdingen-Horrheim

## Keine radioaktiven Reststoffe auf unsere Deponien!

**Unser Ziel** ist die Verhinderung der Einlagerung radioaktiv belasteter Abfälle auf dafür nicht geeignete Deponien vor unserer Haustür.

**Wir kritisieren** die Freigabe von radioaktiven Stoffen aus der atomrechtlichen Überwachung nach dem Motto: „freimessen und vergessen“.

**Wir fordern:** Auch Abfälle mit geringer Radioaktivität müssen atomrechtlich überwacht und sicher eingeschlossen werden.

**Wir fordern:** Eine zentral gesicherte Verwahrung auf/nahe dem bisherigen AKW-Gelände; hier gibt es langjährige Erfahrungen im Umgang mit diesen speziellen Abfällen.

### Unterstützen Sie uns dabei!

Unterschriften-Sammelstellen und den Zugang zur Online-Petition finden Sie auf unserer Homepage: [„www-froschgraben-freigemessen.de“](http://www-froschgraben-freigemessen.de)



Es betrifft **Sie!**

Ihre Gesundheit, Ihre Familie, Ihre Mitmenschen, Ihre Heimat

### Kommen Sie bitte zur...

## Bürger-Information am 1. Dez. 2016 um 19 Uhr in der örtlichen Turn- und Festhalle mit Podiumsdiskussion

Veranstalter: Bürgermeister Lauxmann – auf dem Podium: Landrat Dr. Haas, Vertreter des Umweltministeriums, der AVL, unserer IG und die beiden Gutachter

### Rückblick – was ist bisher passiert:

- aus Erddeponie wurde eine Bauschutt-Deponie mit brisanten Abfällen
- mehrfache „Störfälle“ zerstören das Vertrauen in Betreiber u. Kontrollbehörden (verdeckte Einlagerungen, Fehlinformationen, Asbest-Regelverstöße ohne Bußgeldfolgen...)
- wir machen die Deponie-Vorgänge öffentlich, initiieren Petition und sammeln Unterschriften
- wir informieren mit Bürger-Dialogen in Schwieberdingen, Horrheim und Markgröningen sowie über die Presse und unsere Netzwerke
- wir diskutieren intensiv mit politischen Entscheidern, Behörden und Parteien
- skandalöse Einlagerungen von Asbest aus Italien und radioaktive Industrieschlacke aus Südbaden werden gestoppt
- Gemeinderat Schwieberdingen und Verwaltung lehnen AKW-Einlagerungen einstimmig ab
- Umweltminister erlässt aufgrund unserer Fragen und der aufgezeigten Widersprüche einen befristeten „Lieferstopp“ für das AKW-Material
- Gemeinderat Markgröningen und Verwaltung unterstützen Schwieberdinger Positionierung
- Freie Wähler, FDP u. Linke stellen im Kreistag den Antrag auf Verzicht des Einbaus der strittigen AKW-Abfälle auf den Kreisdeponien

➤ Weitere Details finden Sie auf der Rückseite

# Wir bekommen keinen „harmlosen Büro-Müll“, sondern auch radioaktiv dekontaminiertes Reaktormaterial!



## ➤ Drei Fragen:

**Wollen wir als Gesellschaft zusehen, wie brisante Rückbau-Abfälle in großen Mengen in die Umwelt freigesetzt und über unser Land verteilt werden, obwohl wir wissen...**

- dass radioaktive Strahlung auch in geringen Dosen gefährlich ist, je nach Strahlensensibilität Folgeschäden auslösen kann und jede zusätzliche Dosis das Risiko erhöht?
- dass Umweltverbände (z.B. BUND), Ärztevereinigungen (z.B. IPPNW), Physiker und Biologen vor den Risiken und möglichen Auswirkungen warnen und eine Reduzierung der Grenzwerte um den Faktor 10 fordern?
- dass auf den Deponien brisantes Material mit behördlicher Duldung verdeckt z.T. auch regelwidrig eingelagert wurde (Asbest aus Italien, Reaktormaterial aus Karlsruhe, radioaktive Industrieschlacke aus Südbaden)?
- dass die untere Abdichtungsfolie nur noch 70 Jahre halten soll und dann gefährliche Nuklide in den Nahrungskreislauf gelangen können (Wasser→Boden→Nahrung→Mensch) - bei Störfällen auch schon vorher?
- dass wir diesen bei uns liegenden, strahlenden Müll nie wieder einsammeln können; auch wenn neue Erkenntnisse über Risiken dafür sprechen würden oder es neue technische Entsorgungsmöglichkeiten gibt?

**Können wir uns bei der Ermittlung der Strahlenbelastung auf die Mess-Ergebnisse und deren Interpretation verlassen, obwohl wir wissen...**

- dass bei den Messungen wichtige Teilbereiche fehlen (Dauer- und Mehrfachbelastungen, Einfluss auf Kinder und Schwangere, lokale Deponiebesonderheiten...) und die Risikobewertung damit eigentlich „wertlos“ wird?
- dass die Messungen von den AKW-Betreibern selbst durchgeführt werden und diese dabei große Spielräume haben (freiwillige Stichproben, große Messproben, Ausnahmeregelungen...)?
- dass die Betreiber möglichst radioaktive Reststoffe über „normale Abfallwege“ loswerden wollen?
- dass auch in jüngster Vergangenheit trotz der Kontrollsysteme wichtige Sicherheitsprüfungen im AKW auch bei der EnBW vorgetäuscht werden konnten?
- dass das brisante AKW-Material über die strittige Freimessung „freigesprochen“ und formal in „harmlosen Bauschutt“ umbenannt und dadurch erst kontrollfrei deponierbar wird? (siehe Faltblatt unter <https://www.ausgestrahlt.de/shop/>)

**Akzeptieren wir, dass die Entscheider juristische Quellen interessenorientiert auslegen und damit bessere alternative Lösungen blockieren, obwohl wir wissen...**

- dass die immer wieder zitierte angebliche „Abnahmeverpflichtung“ kein wirkliches Hindernis für eine zentrale Verwahrung z.B. auf/nahe dem AKW-Areal ist?
- dass nach dem Kreislaufwirtschaftsgesetz mit der Einlagerung das Allgemein-Wohl und die Gesundheit von Menschen, Gewässern und Böden zu sichern ist und z.B. die EnBW (im Besitz der öffentlichen Hand) am Erzeugungsort hiermit beauftragt werden kann?
- dass viele Kreise / Landräte in ganz Deutschland, genau wie wir, die Einlagerung auf normalen Deponien ablehnen und nach zentralen Lagerlösungen suchen (Frankreich macht dies bereits)?
- dass es im gesamten Prozess noch eine Menge ungelöster Fragen und Widersprüche gibt (Freimessung, Grenzwerte, neue Strahlenschutzverordnung, Kontaktlimits für Mitarbeiter, Deponie-Lage, Deponie-Nachnutzung, Haftung, Störfallkonzept...)?



Die Verteilung des AKW-Rückbaumaterials widerspricht bei ganzheitlicher Betrachtung jeglicher Logik – sie schafft zusätzliche Risiken und verbaut den Einsatz neuer technologischer Möglichkeiten beim Umgang mit radioaktiven Stoffen. Wir brauchen eine zentral gesicherte Verwahrung mit Zugriffs-Option!  
→ roter Würfelplatz würde ausreichen!